V-68 Den Krieg in der Ukraine beenden – Russland in die völkerrechtlichen Schranken weisen!

Antragsteller*in: Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Der Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine seit 2014 und die russische große Invasion seit 2022 zeigen, dass sich Russland und auch ein Teil seiner Verbündeten auf eine langfristige Konfrontation mit dem Westen eingestellt haben und auf die Zerstörung der liberalen Demokratie in Europa abzielen. Diese Konfrontation trägt Russland zuvorderst mit einem völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine aus. Die Konfrontation wird seit langem auch mit direkten Massnahmen Russlands in westlichen Staaten gesucht, die oft die Störung demokratischer Prozesse und Kultur, Sabotage sowie die unmittelbare Gefährdung unserer Sicherheit zum Ziel haben. Eine Niederlage der Ukraine und ein Erfolg des imperialen Vorgehens Russlands würden den Verlust von Sicherheit und Frieden für ganz Europa mit sich bringen und würde autoritäre Führer anderer Länder ermutigen, dem Beispiel Putins zu folgen.

Die anhaltende militärische, humanitäre und politische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland, gerade auch durch unsere bündnisgrünen Ministerinnen und Minister sowie durch die Bundestagsfraktion ist richtig und wichtig. Wir müssen aber täglich mit ansehen, dass diese Unterstützung auch im Rahmen der EU und der NATO bei Weitem nicht ausreicht, um der Ukraine die Wiedererlangung ihrer Souveränität zu ermöglichen. Seit 2022 wird immer wieder betont, wie viele Waffen und Mittel der Ukraine aus Deutschland zur Verfügung gestellt werden, deren Lieferung sich dann doch immer wieder verzögert oder erheblich verringert. Ein besonderes Versäumnis ist, dass der Ukraine auch fast drei Jahre nach Beginn des Krieges noch so vieles an Ausrüstung zur Verteidigung fehlt, was es Russland weiterhin ermöglicht, immer wieder brutale Schläge gegen die ukrainischen Städte und ukrainische Infrastruktur durchzuführen. So kann dieser Krieg nicht enden und so wird es auch weiter keinen Frieden in Europa geben!

Wir fordern, dass die Bedrohung durch Russland endlich ernst genommen wird und dass die deutsche Unterstützung der Ukraine militärisch und politisch konsequent dieser Bedrohungslage angepasst wird.

Wir fordern von der Bundesregierung und insbesondere von unseren bündnisgrünen Ministerinnen und Ministern, dem Bundesvorstand sowie unseren Bundestagsabgeordneten, dass sie sich angesichts der andauernden russischen Eskalation gegen ukrainische Städte und ihre Bürger:innen mit aller Kraft für eine konsequente, vollumfängliche und sofortige Unterstützung der Ukraine einsetzen – nicht nur, solange es diese Unterstützung braucht, sondern mit allem, was es braucht, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnen kann und Russland ihn verlieren muss.

Wir fordern, dass die anhaltende und auskömmliche Unterstützung durch ausreichende Mittel im Bundeshaushalt abgesichert wird – so lange wie nötig!

Wir fordern, dass der Ukraine alle zur Verteidigung notwenigen militärischen Mittel zur Verfügung zur Verfügung gestellt werden – insbesondere Raketenabwehr

(„Luftabwehr“), Kampfflugzeuge und Raketen mit längerer Reichweite – aber auch Informationstechnik, Rettungslogistik etc.

Wir fordern, dass der Ukraine ab sofort keine roten Linien mehr gezogen werden für die Verwendung von militärischem Gerät zur Zerstörung von Munitionslagern, militärischen Abschuss- und Abflugrampen und weiterer Infrastruktur in Russland, die der russischen Armee dient. Dabei soll die Bundesregierung insbesondere gemeinsam mit unseren ostmitteleuropäischen Nachbarn eine Führungs- und Vorbildrolle übernehmen und auf eine entsprechende internationale Abstimmung zur Freigabe der gelieferten Unterstützung hinarbeiten.

Wir fordern von der Bundesregierung neben einer auskömmlichen militärischen Unterstützung auch eine konsequente politische Unterstützung für eine zügige Aufnahme der Ukraine in die NATO. Die Bundesregierung muss sich dazu bekennen, dass die Ukraine in der NATO willkommen ist und sich dafür einsetzen, dass mit der Ukraine ein realistischer Zeit- und Maßnahmenplan für den Beitrittsprozess inklusive eines klaren Aufnahmedatums abgestimmt wird. Bis zu diesem Aufnahmedatum sind grundlegende multilaterale Sicherheitsabkommen und -partnerschaften zu
vereinbaren, welche der Ukraine schnellstmöglich den notwenigen Schutz und Beistand für die Abwehr des russischen Vernichtungskrieges bieten.

Wir fordern, dass sich die Bundesregierung konsequent und engagiert für den zeitnahen Beitritt der Ukraine zur EU einsetzt und die Ukraine auf diesem Weg weiterhin intensiv unterstützt.

Die Freiheit darf nicht schlechter geschützt sein als die Unfreiheit. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass die Verteidigung von Demokratie und Freiheit in Europa, einschließlich der Ukraine, mit allen dafür notwendigen Mitteln gestärkt wird. Dazu zählt unweigerlich auch eine Anpassung aller Verteidigungsanstrengungen, inklusive der europäischen Rüstungsproduktion, an die anhaltende Bedrohung unserer Freiheit.

Uns ist klar, dass die Ukraine heute schon den Krieg führen muss, den wir in Deutschland und der EU morgen keinesfalls führen wollen – aber vielleicht müssen, wenn dem russischen Regime nicht endlich und mit aller Konsequenz Einhalt geboten wird. Dabei hat uns Russland mit seiner Aggression vor Augen geführt, dass die NATO-Mitgliedschaft die zentrale Sicherheitsgrundlage für unsere Demokratien darstellt. Die Ukraine hat jedes Recht, dieser Absicherung beizutreten. Das Bündnis würde nur geschwächt, wenn es sich von Russland vorschreiben liesse, welches Land Mitglied werden darf.

Die Ukraine so zu unterstützen, dass sie ihre volle Souveränität und Integrität wiedererlangt, dass imperialistisches und aggressives Handeln im internationalen Raum geächtet, angeklagt und verurteilt und Kriegsverbrechen bestraft werden, ist keine „Sache der Ukraine“, sondern liegt in unserem ureigensten Interesse. Gerade in Deutschland haben wir eine historische Verantwortung gegenüber der Ukraine, die, kaum dem stalinistischen Terror und dem Holodomor entkommen, unter nationalsozialistischem Terror litt und in der viele Menschen Versklavung und Massaker durch die Nazis erleiden mussten. Die Ukraine war das zentrale Aufmarschgebiet der Wehrmacht – gerade Deutschland muss heute denjenigen, die für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung einen schon viel zu hohen Preis bezahlt haben, mit aller Konsequenz und ganzem Herzen beistehen. Für eure und unsere Freiheit – für eine freie Ukraine!

weitere Antragsteller*innen

Susann Worschech (KV Berlin-Neukölln); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Merkel (KV Bochum); Jochen Sauer (KV Braunschweig); Elmar Gillet (KV Rhein-Erft-Kreis); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Tilmann Holzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Claus Kreusch (KV Düsseldorf); Daniel Beer (KV Celle); Jan Michael Ihl (KV Berlin-Neukölln); Tobias Redlin (Hannover RV); Sina Maria Beckmann (KV Friesland); Silke Stokar von Neuforn (KV Hannover); Christian Gailus (KV Hannover); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.